

Für einen Idealismus ohne Illusionen - das Leben ist bunter

... als das Schwarz und Gelb der gegenwärtigen Regierungskoalition, und auch bunter als graue Theorien über politische Dogmen. Das Leben ist so bunt wie die Erfahrungen, die jede und jeder von uns gesammelt hat, und so vielfältig wie unsere Vorstellungen darüber, wie unsere Gesellschaft einmal aussehen könnte und vor allem auch, welche politischen Werte uns bewegen. Genau darüber diskutieren wir seit einiger Zeit gemeinsam und dieses Papier spiegelt den aktuellen Stand unserer Diskussion wieder. Wir sind jüngere Politikerinnen und Politiker der Grünen, der SPD und der Linken.

Andere Mehrheiten sind möglich

Wir wissen, dass ein rot-grün-rotes Bündnis unter besonderer Beobachtung stehen würde. Damit es krisenfest ist, muss ein solches Bündnis gemeinsame Werte teilen und sich auch der Unterstützung außerparlamentarischer Bündnispartner sicher sein. Ob am Ende die inhaltlichen Übereinstimmungen, der gesellschaftliche Rückhalt und der gemeinsame Wille zur Übernahme von Verantwortung eine rot-rot-grüne Mehrheit Wirklichkeit werden lassen, steht heute noch nicht fest. Wir wissen, dass es Hürden und Bedenken in jeder unserer Parteien gibt, Vorbehalte wie Vorurteile, aber eben auch inhaltliche Unterschiede. Wir haben nun den Dialog über die Möglichkeiten eines solchen Bündnisses auf Bundesebene begonnen. Und wir wollen uns auf den Weg machen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu diskutieren; nicht mehr und nicht weniger.

Wir möchten Denkanstöße für Ideen geben, wie die Gesellschaft von morgen aussehen könnte. Wir ziehen Konsequenzen aus den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen eines ungezügelten globalen Kapitalismus, der die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit längst überschritten hat und auf soziale Herausforderungen nicht angemessen reagieren kann. Wir wollen die soziale Spaltung der Gesellschaft überwinden, statt den Mangel zu verwalten.

Wir müssen das Primat der Politik verteidigen, statt eine Entwicklung zu akzeptieren, die das Politische und die Demokratie aushöhlt. Gerade globalisierte Märkte brauchen demokratische Kontrolle. Wir wollen eine Neudefinition der Rolle des Staates, um mehr soziale Gerechtigkeit, mehr individuelle Freiheit und mehr kulturelle Offenheit sowie Teilhabe zu erreichen. Der Staat darf nach unserer Auffassung nicht zum bloßen Kriseninterventionsdienst verkommen, der mit dem Geld der Steuerzahler die Schäden des Finanzsystems ausbügelt.

Wir kleben nicht an Dogmen, haben keine Illusionen, sondern teilen Ideale und Ideen für eine zukunftsfähige solidarische Gesellschaft. Wir stehen für einen Politikstil, der die globalen gesellschaftlichen Probleme ehrlich reflektiert, der Konflikte austrägt und die Probleme von heute nicht auf kommende Generationen und auf die Schwächsten der Gesellschaft abwälzt. Keine Lösung ist für uns jedoch, allen alles zu versprechen.

Aber gelingt es uns, mit einem neuen sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag die

großen Krisen unserer Zeit zu lösen? Oder werden durch altbackene neoliberale Konzepte, wie nicht finanzierbare Steuersenkungen, Klientelpolitik und Lobbyismus die Probleme verschärft und wird damit zusätzlich eine Krise des demokratischen Systems hervorgerufen?

Wir beziehen Position und suchen emanzipatorische, demokratische, nachhaltige und solidarische Lösungen. Wir wollen diese gesellschaftlich mehrheitsfähig machen und in konkrete Handlungsentwürfe umsetzen. In den nächsten Jahren entscheidet sich, wer die Kosten für die Wirtschaftskrise zahlt. Gleichzeitig wird entschieden, ob wir mehr soziale Gerechtigkeit schaffen, Klimawandel wie Artensterben auf ein vertretbares Maß reduzieren und ob es uns gelingt, den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen in unsere Demokratie wiederzugeben. Das sind zentrale Unterschiede zur aktuellen Politik von Schwarz-Gelb.

Wie wir leben

Das Leben vieler Menschen wird immer stärker von rasanten Wandlungsprozessen bestimmt. Beim gesellschaftlichen Zusammenhalt erleben wir eine zunehmende soziale und räumliche Fragmentierung bis hin zur Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen. Die sich verfestigende soziale und räumliche Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich führt auch zu Unsicherheit als bestimmendem Lebensgefühl für Viele.

Unsere Gesellschaft befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Wir erleben eine Erfolgsgesellschaft, in der gesellschaftliche Krisen individuell verarbeitet werden müssen. Das Versprechen, dass Leistung sich „lohnt“ und automatisch in Erfolg mündet, löst sich für einen wachsenden Teil der Bevölkerung nicht mehr ein. Stattdessen erleben wir, wie einige zu passiven Gewinnern werden, während Erwerbslose und Transferhilfeempfänger aller aktivierender Sozialstaatspolitik zum Trotz als stigmatisierte Verlierer dastehen.

Diesen Entwicklungen liegt ein unreflektiertes und unökologisches Wachstumsparadigma zu Grunde, das angesichts globaler Katastrophen an seine Grenzen gestoßen ist und gleichzeitig immer mehr an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbeigeht. Gleichzeitig beobachten wir eine Krise der politischen Lösungsansätze: Negative Erfahrungen aus Staats- und Marktversagen führen bei immer mehr Bürgerinnen und Bürgern zu einem Gefühl politischer Entmündigung. Viele Menschen funktionieren nur noch unter Stress und Leistungsdruck in einem System, dem sie immer weniger vertrauen und für das sie sich oft nicht mehr engagieren wollen.

In den vergangenen Jahren fand eine Entpolitisierung des Politischen statt, der bis jetzt zu wenig entgegengesetzt wurde. In Zeiten, in denen wir erfahren müssen, wohin ein blindes Wachstumserfordernis führt; in denen wir erkennen müssen, wie fehlgesteuerte Finanzsysteme ganze Volkswirtschaften zusammenbrechen lassen und in denen verantwortungsvolle Politik ersetzt wird durch Versuch und Irrtum, fällt konservativen Parteien und Regierungen nichts anderes ein, als weiter auf Maßnahmen zur Steigerung des Wachstums mit der Folge sozialer Spaltung und ökologischer

Zerstörung zu setzen.

Wir sind uns bewusst, dass angesichts der internationalen Verflechtungen mit ihren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Konsequenzen Politik nicht mehr mit nationalstaatlichem Fokus allein entwickelt werden kann. Ohne eine internationale Perspektive lassen sich die entscheidenden Fragen zu Energieversorgung, Klimaschutz, Sozialstandards, Steuern, Handelsbeziehungen und Binnenmarkt nicht sinnvoll beantworten. Die notwendige Regulierung der Finanzmärkte macht das mehr als deutlich. Aus diesen Gründen wollen wir eine Politik vorantreiben, die nicht mehr in der Kleinstaaterei denkt, sondern internationale Verantwortung übernimmt.

Eine besondere Bedeutung hat die Europäische Union als Antwort auf die Globalisierung und als großes Friedens- und Integrationsprojekt auf dem europäischen Kontinent. Wir treten deshalb für eine vertiefte Integration ein, sehen jedoch Handlungsbedarf für Entwicklungskorrekturen der EU. Die aktuelle Krise des Euro, des Stabilitätspaktes und der Institutionen zeigt: Die Europäische Union muss demokratischer organisiert, um eine Sozial- und Wirtschaftsunion ergänzt und auf fairen Wettbewerb mit hohen Sozial- und Ökologiestandards ausgerichtet werden. In diesem Kontext stehen wir vor der Aufgabe, auch die internationale Verantwortung Deutschlands und Europas neu zu definieren. Das betrifft die Verantwortung für Fragen des Nord-Süd-Ausgleichs, der Rolle der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Wir wissen, dass wir in Teilen unterschiedliche Vorstellungen von der Rolle Deutschlands in Europa und der Welt haben. Wir verschweigen diese nicht, sondern versuchen sie zu diskutieren.

Was wir wollen

Inhaltsleere Farbenspiele bringen niemanden weiter. Bündnisse müssen sich an gemeinsamen Inhalten festmachen. Wir sind überzeugt, dass es trotz der großen Unterschiede zwischen den drei Parteien gemeinsame Ziele gibt, die eine rot-grün-rote Option möglich und sinnvoll machen.

Ziele, bei denen große Einigkeit besteht sind:

- längeres gemeinsames Lernen
- interkulturelle Bildung
- Stärkung der individuellen Förderung durch mehr kreative Bildungsinhalte
- die Idee einer solidarischen Bürgerversicherung im Gesundheitswesen
- eine gerechtere Wirtschafts- und Sozialordnung
- Mindestlöhne und eine repressionsarme Mindestsicherung
- der ökologische Umbau der Industriegesellschaft
- freies Internet sowie
- Bürger- und Menschenrechte, die diesen Namen wirklich verdienen

Dies bedeutet keine Aufgabe der Eigenständigkeit der einzelnen Parteien, die jede auch in anderen Bündnissen regierungsfähig ist und bleiben soll. Es bedeutet kein Ende der

politischen Differenzen, die zwischen unseren Parteien bestehen. Wir lächeln diese Differenzen nicht weg, sondern arbeiten an (neuen) Gemeinsamkeiten zur Klärung gemeinsamer Projekte für eine Strategie der ökologisch sozialen Wende.

Wir sind jedoch zugleich davon überzeugt, dass diejenigen, die wie wir einen Gestaltungsanspruch für eine ökologisch soziale Wende erheben, sich in einer lebendigen Demokratie auf mehr als der Ebene rein parteipolitischer Überlegungen zu bewegen haben. Unser Ziel liegt daher in dem Austausch nachvollziehbarer und anschlussfähiger gemeinsamer Konzepte.

Die ökologische Erneuerung

Ein moderner Gerechtigkeitsbegriff bezieht Menschen auf dem ganzen Globus ein und erkennt auch die Rechte der jungen und zukünftigen Generationen an. Die ökologische Krise hat eine neue Dimension erreicht. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Somit ist der konsequente Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und eine ökologische Erneuerung der gesamten Wirtschaft dringend notwendig.

Wir wollen die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, Einsparung und Effizienz. Unser Ziel ist es, schnellstmöglich 100% unserer Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Dazu müssen sowohl die Strukturen der vier Großkonzerne aufgebrochen werden als auch die Verbraucherinteressen und soziale Ausgewogenheit stärker in den Blickpunkt rücken. Wir müssen uns auf den Weg in eine ressourcenschonende, effizientere und emissionsarme Gesellschaft machen. Wir wollen die richtigen politischen Rahmenbedingungen für eine „Grüne Industrielle Revolution“ setzen. Des Weiteren müssen wir die Art, wie wir produzieren, transportieren und konsumieren, radikal verändern. Durch staatliches Handeln allein wird dies nicht gelingen. Neben einer funktionierenden öffentlichen Daseinsvorsorge braucht es auch geregelte Märkte, in denen Verbraucherinnen und Verbraucher auf Augenhöhe agieren und sich der Macht des strategischen Konsums bewusster werden. Gelingt uns dieser grundlegende Wandel nicht, werden wir unweigerlich unsere Lebensgrundlagen zerstören.

Ohne stabile Ökosysteme ist erfolgreiches Wirtschaften nicht möglich. Der Schutz unserer Lebensgrundlagen ist deshalb die Voraussetzung für erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Ein Land, das diese Herausforderungen rechtzeitig erkennt, hat zugleich die besten Chancen, die Produkte und Technologien der Zukunft vorausschauend zu entwickeln und zu produzieren. Der Erfolg der erneuerbaren Energien zeigt, wie in diesem Bereich selbst in der Krise die Zahl der Arbeitsplätze steigt. Auf diesem Weg setzen wir auch auf die Unterstützung der Gewerkschaften.

Soziale Gerechtigkeit

Wir erleben eine fragmentierte Gesellschaft, in der die soziale Schere immer weiter auseinander geht und individuelle Lebenschancen von der sozialen Herkunft abhängen.

Wir brauchen eine Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die den Ambivalenzen unserer modernen Gesellschaft Rechnung trägt.

Individualisierung, Flexibilisierung und Pluralisierung der Arbeitswelt und von Lebensentwürfen haben einerseits Freiheitsgewinne mit sich gebracht, muten andererseits den Menschen aber auch viel zu. Wir wollen nicht zurück in die „goldenen 70er und 80er Jahre“ der alten Bundesrepublik, als Sozialstaat und Arbeitsmärkte noch viel fester als heute am Alleinernährermodell klebten und die unbefristeten Vollzeit Arbeitsplätze meist den Männern vorbehalten waren. Eine gerechte Gesellschaft muss die Rahmenbedingungen setzen und die finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen, damit gutes Leben, gute Arbeit und bestmögliche Bildung möglich sind und Armut und Ausgrenzung nicht große Bevölkerungsgruppen abkoppeln.

Um Gerechtigkeit zu schaffen, brauchen wir eine konsequente Umverteilung. Auch solide und verantwortungsbewusste Haushaltspolitik muss hier ansetzen. Dazu benötigen wir ausreichende Einnahmen und einen intelligenteren aber vor allem nachhaltigeren Umgang mit unseren finanziellen Ressourcen. Angesichts überschuldeter Haushalte ist es notwendig, sich von überflüssigen und unökologischen Subventionen und von teuren Prestigeprojekten zu trennen. Priorität muss auf den qualitativen und quantitativen Ausbau unseres Bildungssystems gelegt werden – angefangen bei der Kinderbetreuung, über unser Schul- und Hochschulsystem sowie der beruflichen Bildung bis hin zur Weiterbildung. Wir wollen Teilhabe, Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung endlich ermöglichen, anstatt die bestehende Bildungsmisere zu verwalten oder schönzureden. Wir wollen starke Bildungseinrichtungen für alle statt einer frühen Selektion.

Es geht um eine gerechte Erneuerung der Sozialsysteme. Das heißt auch, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache. Wir wollen eine Finanztransaktionsteuer, eine höhere Belastung von großen Vermögen und Erbschaften, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und den Abschied von kontraproduktiven, unökologischen Subventionen. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn statt „Armut trotz Arbeit“, eine solidarische Bürgerversicherung und eine Grundsicherung, die den Unsicherheiten des modernen Lebens angemessen ist.

Dabei sind wir uns bewusst, dass soziale Gerechtigkeit sich nie ausschließlich über Transferzahlungen erreichen lässt und mehr ist als Umverteilung. Wir stehen nicht für einen Weg in die Alimentierungsgesellschaft, sondern setzen auf die aktive Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger.

Demokratie für alle

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass sich immer mehr Menschen aus dem politischen Prozess verabschieden, weil sie das Vertrauen verloren haben. Wir sind uns einig in unserer Forderung nach mehr direkter Demokratie, nach Demokratisierung des Bildungs- und Wirtschaftssystems und einem freien Internet. Wir brauchen eine liberale Innen- und Rechtspolitik und eine Gesellschaft, in der Freiheit und Sicherheit nicht

gegeneinander ausgespielt werden – auch nicht nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001. Wir wollen Freiheit statt Überwachung, und wir wehren uns gegen die Aushöhlung von Bürgerrechten durch Staat und Unternehmen. Die Möglichkeiten von Mitbestimmung in Unternehmen müssen deutlich ausgebaut werden.

Wir wollen Demokratie leben und gesellschaftliche Realitäten in politische Prozesse münden lassen. Die Stärkung der Freiheit der Einzelnen, was Selbstbestimmung und Entfaltungsmöglichkeiten angeht, muss sich in einer modernen Gesellschaftspolitik widerspiegeln. Tradierte Gesellschaftsbilder müssen überwunden werden, wir wollen ein buntes Leben auch im Privaten. Die Gleichberechtigung der Geschlechter steht dabei genauso im Mittelpunkt wie gleiche Rechte und Möglichkeiten für Homo- wie Heterosexuelle. Familie und Heimat sind Werte und Begriffe, die auch politisch neu definiert werden müssen.

Wir stehen für eine neue, transparente politische Kultur, die Lobbyismus deutlich einschränkt. Uneingeschränkter wie intransparenter Lobbyismus gefährdet die Demokratie. Wir wollen eine Netzpolitik, die die Freiheit des Internets allen Menschen auf der Welt gewährleistet und die Chancen der Digitalisierung in den Mittelpunkt stellt und die Interessen der kreativ Tätigen und Denkenden nicht vergisst.

Resümee

Union und FDP haben die Bundestagswahl 2009 nicht durch ein inhaltlich stimmiges Konzept gewonnen. Sie profitierten davon, dass die Parteien jenseits von schwarz-gelb keine realistische Machtoption und keine Leitlinie für eine gemeinsame alternative zukunftsfähige Politik anzubieten hatten. Eine solche Beschneidung politischer Handlungsoptionen blockiert das politische System.

Der rechtzeitige Beginn des Dialogs zwischen SPD, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Kräften kann neue politische Perspektiven eröffnen.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Steffen Bockhahn (MdB Die Linke)

Marco Bülow (MdB SPD)

Martin Deschauer (SPD, Vorstand der Denkfabrik)

Angela Dorn (MdL Hessen, Bündnis 90/Die Grünen)

Kai Gehring (MdB, Bündnis 90/Die Grünen)

Ulrike Hiller (MdL Bremen, SPD)

Dr. Anton Hofreiter (MdB, Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Barbara Höll (MdB, Die Linke)

Sven-Christian Kindler (MdB, Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Bärbel Kofler (MdB, SPD)
Daniela Kolbe (MdB, SPD)
Jan Korte (MdB, Die Linke)
Agnes Krumwiede (MdB, Bündnis 90/Die Grünen)
Stefan Liebich (MdB, Die Linke)
Nicole Maisch (MdB, Bündnis 90/Die Grünen)
Agnieszka Malczak (MdB, Bündnis 90/Die Grünen)
Angela Marquardt (SPD, Geschäftsführerin der Denkfabrik)
Dr. Matthias Miersch (MdB, SPD)
Sönke Rix (MdB, SPD)
André Schönewolf (Die Linke)
Frank Schwabe (MdB, SPD)
Raju Sharma (MdB, Die Linke)
Dr. Carsten Sieling (MdB, SPD)
Malte Spitz (Bundesarbeitsrat Bündnis 90/Die Grünen)
Halina Wawzyniak (MdB, Die Linke)
Nicole Wloka (SPD, Vorstand der Denkfabrik)